ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Helander, Sven

Article — Digitized Version

Der schwedische Fünfjahresplan: Ein Programm der schwedischen Wirtschaftspolitik

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Helander, Sven (1951) : Der schwedische Fünfjahresplan: Ein Programm der schwedischen Wirtschaftspolitik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 31, Iss. 10, pp. 33-36

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/131396

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

U M S C H A U

Der schwedische Fünfjahresplan

Ein Programm der schwedischen Wirtschaftspolitik

Prof. Dr. Sven Helander, Stockholm

Im Jahre 1948 wurde in Schweden erstmalig ein Fünfjahresplan vorgelegt, der die Zeit bis zum Jahre 1952/53 umfaßte. Nunmehr ist ein neuer Fünfjahresplan für die Zeit 1951—1955 vorgelegt worden. Da das gesamte schwedische Wirtschaftsleben hierbei behandelt wird und die allgemeinen Richtlinien für die künftige Entwicklung vorgezeichnet werden, darf dieser Plan Anspruch auf allgemeines Interesse erheben.

Die Erfahrung der vergangenen Jahre hat dem neuen Plan festeren Rückhalt gegeben. Der vervierfachte Umfang der neuen Publikation, verglichen mit der alten, gibt schon ein äußeres Zeichen der gründlicheren Bearbeitung.

Die allgemeine Struktur des schwedischen Fünfjahresplanes ist die, daß auf Grund der bisherigen Erfahrungen festgestellt wird, wie groß der voraussichtliche Zuwachs des Volkseinkommens in den bevorstehenden fünf Jahren sein wird. Sodann werden die Einzelgebiete des Wirtschaftslebens geprüft, so daß z. B. für die Landwirtschaft die voraussichtlichen Ernten innerhalb gewisser Fehlergrenzen geschätzt werden und ebenfalls der voraussichtliche Verbrauch, woraus sich Ein- und Ausfuhrbedarf ableiten lassen. Schließlich wird die Zusammenarbeit der verschiedenen Einzelgebiete innerhalb des Planes umrissen.

Eine besonders große Rolle kommt dabei dem Investitionsbedarf zu. Privater und öffentlicher Verbrauch und Investitionen werden gegeneinander abgewogen und zwar so, daß im Rahmen des geschätzten Volkseinkommens das Gleichgewicht gewahrt bleibt. Sodann wird der Regierung empfohlen, mit Hilfe wirtschaftspolitischer Maßnahmen dafür Sorge zu tragen, daß die aufgestellten Proportionen nicht gestört werden.

Bei Schweden handelt es sich um eine vom Kriege nicht direkt betroffene Volkswirtschaft, was die zu lösende Aufgabe erleichtert haben mag. Andererseits hat man in Schweden die sich hieraus ergebenden Vorteile zunächst zweifellos überschätzt. Man hat unmittelbar nach dem Kriege die Fähigkeit Schwedens, Kredite an das Ausland erteilen zu können, zu günstig beurteilt und versucht, einen Lebensstandard aufrechtzuerhalten, den das Volk sich nicht ganz leisten konnte. Hieraus ergaben sich Rückschläge, die es wohl erklärlich machen, daß eine Gesamtplanung für notwendig gehalten wird, um das gestörte Gleichgewicht wiederherzustellen.

Was den vergangenen Fünfjahresplan anbetrifft, so wird festgestellt, daß die Schätzungen über die Entwicklung des Volkseinkommens mehr als verwirklicht worden sind, so daß schon 1949 das für 1951 gesteckte Ziel erreicht werden konnte. Ebenso wurde das Exportziel schon 1949 erreicht. Das Produktionsprogramm wird voraussichtlich im laufenden Jahre verwirklicht werden.

Die Kommission geht davon aus, daß sich die lebhafte internationale Wirtschaftstätigkeit mit steigenden Welthandelsumsätzen und hohem Beschäftigungsgrad fortsetzen wird. Es wird ferner damit gerechnet, daß die Schwierigkeiten der Rohstoffzufuhr vorübergehender Natur sind, so daß im wesentlichen eine ausreichende Versorgung erfolgen kann. Im anderen Falle könnten die gesteckten Produktionsziele nicht in der vorgesehenen Planzeit erreicht werden.

In der bisherigen Nachkriegszeit ist die schwedische Produktion jährlich etwa um 4 % gewachsen. Sollten Schwierigkeiten bei der Rohstoffzufuhr eintreten, glaubt man trotzdem mit einem jährlichen Produktionsanstieg von mindestens 2 % rechnen zu können. Es ist selbstverständlich, daß unvorhergesehene Veränderungen des Weltmarktes, wie sie als Folge des Koreakrieges hervortraten, die Erreichung der Planziele wesentlich erschweren würden. In Schweden sind in der letzten Zeit die Ausfuhrpreise wesentlich mehr als die Einfuhrpreise gestiegen. Trotzdem traten vorübergehende Spannungen in der Zahlungsbilanz auf, weil die teurer gewordenen Einfuhrwaren bezahlt werden mußten, bevor die höheren Erlöse der eigenen Ausfuhr verfügbar waren.

Die Vollbeschäftigung, die in Schweden in vollem Umfange verwirklicht ist, bringt die Gefahr inflationistischer Tendenzen mit sich. Es muß die zentrale Aufgabe der Wirtschaftspolitik sein, diese Tendenzen zu bekämpfen. Die Kommission rechnet damit, das Preisniveau in Schweden stabilisieren zu können; auf dieser Voraussetzung ist das ganze Programm aufgebaut.

Es muß allerdings bemerkt werden, daß sich die sozialdemokratische Partei für niedrige Zinssätze eingesetzt hat. Die Gefahr einer weiteren Inflation, die damit verbunden ist, bringt die Notwendigkeit mit sich, durch weitere Regulierungen des Wirtschaftslebens diesen Inflationstendenzen entgegenzutreten.

BEVÖLKERUNG UND EINWANDERUNG

Man erwartet, daß sich die Bevölkerungszahl in den arbeitsfähigen Jahrgängen in den nächsten fünf Jahren nicht wesentlich ändern wird. Auch die Relation von Erwerbstätigen und Nichterwerbstätigen wird voraus-

sichtlich keine größeren Veränderungen erfahren. Dagegen werden von der landwirtschaftlichen Bevölkerung voraussichtlich etwa 50 000 Männer und 40 000 Frauen in die Städte abwandern.

Es wird ferner damit gerechnet, daß, wenn der Vorschlag der sozialdemokratischen Regierung über einen dreiwöchigen gesetzlichen Urlaub durchgeführt werden sollte, eine Verminderung der sonst möglichen Produktion um 1—1 ½ % eintreten wird. Für diesen Fall wird empfohlen, eine liberale Einwanderungspolitik zu handhaben, sofern dadurch eine wesentliche Verbesserung der Produktionsentwicklung zu erwarten ist. Dabei muß aber selbstverständlich beachtet werden, daß Schwierigkeiten auf dem inneren Arbeitsmarkt im Falle einer wirtschaftlichen Stagnation vermieden werden müssen.

VERTEILUNG DES VOLKSEINKOMMENS

Eine sehr tiefgreifende Veränderung der Disposition über das Volkseinkommen wird vorausgesetzt. Vergleicht man die beiden Jahre 1950 und 1955, treten folgende Verschiebungen hervor:

Position	1950	1955
Bruttonationalprodukt	31,5 Mrd. Kr.	36,6 Mrd. Kr.
Davon werden verwendet für:		
Investitionen	27,3 %	29,4 %
Öffentlichen Verbrauch	10,7 %	11,8 %
Privaten Verbrauch	62,2 %	57,2 %

Innerhalb der Investitionen tritt ebenfalls eine starke Verschiebung zugunsten der öffentlichen Hand ein, ohne daß jedoch die genaue Aufteilung aus dem veröffentlichten Zahlenmaterial abgeleitet werden kann. Die Kommission versichert, daß diese Entwicklung durch den Zwang der tatsächlichen Verhältnisse notwendig würde.

Auffallend ist vor allem der Rückgang des Anteiles des privaten Verbrauchs. Man hat angenommen, daß die Bevölkerung jährlich um ½ % zunehmen und der Verbrauchsstandard gleichzeitig um knapp 1 ½ % steigen wird. In den vergangenen Jahren erhöhte sich der Verbrauchsstandard um etwa 2 % jährlich.

Demgegenüber sollen die Investitionen jährlich um 4 ½ % steigen. Es wird erklärt, daß dieses notwendig sei, um eine ausgeglichene Entwicklung des Wirtschaftslebens zu gewährleisten. Würde der private Verbrauch weiter jährlich um 2 bzw. um 2 ½ % zunehmen, könnten die Investitionen statt um 4 ½ % nur um 3 bzw. 1 % anwachsen. Die Stagnation der im arbeitsfähigen Alter Stehenden hat zur Folge, daß man sich auf eine Verbesserung der Arbeitsproduktivität verlassen müßte, was aber nur bei relativ großen Investitionen möglich ist.

Erschwerend kommt hinzu, daß die Investitionen in den letzten Jahren recht einseitig auf direkt produktionssteigernde Maßnahmen abgestellt waren. Es ist jetzt notwendig, ergänzende Investitionen vorzunehmen, wobei besonders der Handel, das Verkehrswesen und die Landwirtschaft berücksichtigt werden müssen. Ferner zwingt das Ansteigen der Geburten zu Ende der 1930er Jahre zum Ausbau der Schulen.

Was die angeführten Relationen zwischen öffentlichem und privatem Verbrauch betrifft, so mag es von Interesse sein festzustellen, daß im Jahre 1950 10,2% des deutschen Volkseinkommens auf den öffentlichen Verbrauch und 61,1 % auf den privaten Verbrauch entfielen — das sind Proportionen, die den genannten schwedischen überraschend ähnlich sind.

LANDWIRTSCHAFT

Im Wirtschaftsjahr 1949/50 hat die schwedische Landwirtschaft den Gesamtbedarf an landwirtschaftlichen Produkten zu 100 % gedeckt. Diese 100 %ige Selbstversorgung war allerdings davon abhängig, daß Futtermittel (3 %) und Düngemittel (14 %) aus dem Auslande eingeführt wurden. Der gegenwärtige Stand der Nettoselbstversorgung beträgt 83 % gegenüber 79 % in den 1930er Jahren. Das bedeutet, daß im Falle einer erneuten Abschneidung vom Weltmarkt wieder zur Rationierung gegriffen werden müßte.

Bei einer jährlichen Bevölkerungszunahme um ½ % und einem jährlichen Verbrauchszuwachs um 1 ½ % würde die Gesamtnachfrage nach landwirtschaftlichen Produkten um ungefähr 7 % zunehmen. Man rechnet im Plan aber mit einer Produktionszunahme von etwa 10%. Bei normalen Ernten würde also nach Ablauf des Fünfjahresplanes der Lebensmittelbedarf aus dem eigenen Lande gedeckt werden können. Die Abhängigkeit von der Zufuhr ausländischer Futter- und Düngemittel bleibt aber bestehen. Immerhin würde eine gewisse Verringerung der Einfuhr an Futter- und Düngemitteln späterhin möglich werden. Gleichzeitig könnte eine Ausdehnung der Ausfuhr vor allem von Molkereiprodukten angestrebt werden. Es wird aber eine Frage der künftigen Preisentwicklung bleiben, ob die Verminderung der Einfuhr oder die Vermehrung der Ausfuhr hierbei überwiegen werden. Daß mit der Möglichkeit einer Steigerung der Ausfuhr von Molkereiprodukten gerechnet wird, hängt damit zusammen, daß die gegenwärtige Milchleistung je Kuh etwa 3000 kg beträgt, mit einer jährlichen Zunahme der Milchleistung um 1 ½ % aber gerechnet wird, so daß am Ende des Fünfjahresprogramms sich eine durchschnittliche Produktionsleistung von 3200 kg ergeben würde. Die Gesamtproduktion an Milch von 5400 Millionen kg würde den Inlandsverbrauch weit übersteigen und eine Butterausfuhr von jährlich etwa 20 000 t ermöglichen.

Der Verminderung der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte muß eine Vermehrung der Verwendung landwirtschaftlicher Maschinen gegenübertreten. Die Gesamtzahl der landwirtschaftlichen Traktoren beträgt gegenwärtig 66 000 Stück. 1955 soll diese Zahl auf 85 — 90 000 gestiegen sein.

INDUSTRIE

Die Industrie hat während des Krieges erhebliche Reserven angesammelt, die in den ersten Nachkriegsjahren für Investitionszwecke vorteilhaft verwendet werden konnten. Sie sind jetzt im wesentlichen verbraucht, auch wenn viele Großbetriebe noch über bedeutende Mittel verfügen. Im Ganzen gesehen wird die weitere industrielle Expansion jetzt mehr als bisher von den Verdienstmöglichkeiten und der Kreditgebung abhängig sein.

Ein wesentlicher Mangel der schwedischen Industriewirtschaft liegt in den geringen Steinkohlenvorkommen. Dieser Mangel wird relativ zurückgedrängt durch

den Ausbau der Wasserkraft zur Elektrizitätsgewinnung. Der Steinkohlenverbrauch ist von 1939 bis 1949/50 von 6,4 Mill. t auf 4,5 Mill. t zurückgegangen. Gleichzeitig ist allerdings die Verwendung von Koks (gerechnet in Steinkohlentonnen) von 2,3 Mill. t auf 3,1 Mill. t, und die Verwendung von Öl (gerechnet in Steinkohlentonnen) von 1 Mill. t auf 3,4 Mill. t gestiegen. Die Verwendung elektrischer Kraft betrug 1950 17,3 Mrd. kWh, die jährliche Zuwachsrate lag bei 1 Mrd. kWh. Die Kommission rechnet für 1955 mit einem Verbrauch von 23,5 Mrd. kWh. Auf dieser Grundlage errechnet die Kommission für 1950 einen Verbrauch von mindestens 5 Mill. t Steinkohlen, reichlich 3 Mill. t Koks und reichlich 3 Mill. t Öl für Feuerungszwecke.

Entsprechend der Aufforderung der ECE. und in Hinsicht auf den Valutabedarf des Landes soll die Eisenerzlieferung vermehrt werden, und zwar von 13,8 Mill. t im Jahre 1950 auf 19 Mill. t im Jahre 1955. Das macht erhebliche Kapitalinvestitionen nötig, da man nunmehr in steigendem Maße das Eisenerz unter Tage abbauen muß. Gleichzeitig muß die Verkehrskapazität der Eisenerzbahn nach Narvik erhöht werden, damit statt 12,9 Mill. t im Jahre 1950 am Ende der Zeit 16,8 Mill. t jährlich befördert werden können. Trotz Steigerung der Ausfuhr wird mit einem wesentlich erhöhten Inlandsabsatz gerechnet. Das hängt vor allem zusammen mit der durchgreifenden Erweiterung des schon bestehenden privaten Eisenwerkes von Domnarvet und mit dem neuen staatlichen Eisenwerk von Lulea. Der bisherige Einfuhrbedarf Schwedens an Eisen billigerer Qualität soll stark verringert und sogar eine gewisse Ausfuhr möglich werden. Hiermit würde die ganze internationale Stellung Schwedens in der Eisenwirtschaft grundlegend verändert.

VERKEHR

Im Verkehrswesen ist besonders auffallend, daß die Zahl der Lastkraftwagen im berufsmäßigen Verkehr seit 1937 um knapp 10 %, die Zahl der Lastkraftwagen im nichtberufsmäßigen Verkehr dagegen um 60 % gestiegen ist.

Allgemein verwendet die Bevölkerung heute einen größeren Teil ihres Einkommens für Reisezwecke als bisher. Dadurch werden erhöhte Investitionen besonders für den Landstraßenbau erforderlich, zumal während der Kriegszeit trotz der erhöhten Straßenabnutzung keine entsprechenden Überholungsarbeiten und Neubauten durchgeführt worden sind. 1950 war der Landstraßenverkehr etwa 75 % größer als im Jahre 1936. Der Übergang zu schwereren Kraftwagentypen verlangt ebenfalls nach einer Verbesserung der Straßen und einem Umbau der Brücken. Für die neue Fünfjahresperiode sind 750 Mill. Kr. mehr für Landstraßenarbeiten veranschlagt als in der vergangenen.

SOZIALPOLITIK

Für sozialpolitische Zwecke sind erhebliche Ausgaben vorgesehen. Dem Wohnungsbau sollen jährlich 1584 Mill. Kr. statt bisher 1304 Mill. Kr. zur Verfügung gestellt werden, um jährlich 60 000 Wohnungen (bisher 44 000) bauen zu können. Für die Sozial- und Gesundheitspflege und Schulneubauten sind 570 Millionen Kr. (bisher 380 Mill. Kr.) eingesetzt. Zugleich wird aber auch ausgesprochen, daß für weitere Sozialreformen im Rahmen des vorgesehenen Fünfjahresplanes kein Raum mehr vorhanden wäre, es sei denn auf Kosten des persönlichen Verbrauchs. Will man im Steuerwege weitere sozialpolitische Reformen durchführen, so ist zu bedenken, daß die breiten Schichten der Bevölkerung schon einen erheblichen Teil der Steuerlast tragen und eine weitere Steuererhöhung nicht ohne weiteres billigen würden.

STAATSHAUSHALT

Bei den Staatsausgaben (außer Investitionen) wird mit einem Ansteigen im Laufe der Fünfjahresperiode von 7 Mrd. Kr. auf 7,5 Mrd. Kr. gerechnet. Das Kapitalbudget sieht eine Zunahme von 1,2 Mrd. Kr. auf 1,6 Mrd. Kr. vor. Der Nettokreditbedarf wird für die fünf Planjahre mit 4 Mrd. Kr., d. h. 0,8 Mrd. Kr. jährlich veranschlagt. Mit Rücksicht auf die Konjunkturlage wird ein Bilanzüberschuß des Budgets als erwünscht angesehen, um bei einer Verschlechterung der Konjunkturlage ein Bilanzdefizit ausgleichen oder vermindern zu können.

Die Ausgaben der Gemeinden sollen mit 7 1/2 % jährlich wesentlich mehr als die Staatsausgaben, bei denen die jährliche Zuwachsrate nur 2 1/2 % beträgt, wachsen. Den Gemeinden ist auferlegt worden, in noch größerem Umfange als bisher Investitionen durch Steuereinnahmen zu decken, wodurch noch größere Sparsamkeit erzwungen werden soll.

Eine verschärfte Besteuerung der Unternehmungen wird als durchaus wünschenswert angesehen. Dabei wird aber nicht an eine direkte Besteuerung gedacht, sondern etwa an eine Besteuerung der Bruttoeinnahmen oder -ausgaben der Unternehmungen. Auch eine Besteuerung in der Form einer Abgabe je Beschäftigten der Unternehmungen wäre in Erwägung zu ziehen, um die Nachfrage nach Arbeitskräften auf diese Weise einzuschränken. Allerdings würde durch eine solche Abgabe die Tendenz zu erhöhten Investitionen noch verstärkt werden, was jedoch keinesfalls erwünscht ist.

HANDELS- UND ZAHLUNGSBILANZ

Im Laufe der nächsten fünf Jahre werden gewisse Kredite, die Schweden unmittelbar nach dem Kriege einigen nahestehenden Ländern gewährt hat, zurückgezahlt werden. Dafür werden aber auch neue Auslandskredite im Zusammenhang mit norwegischen Schiffsbestellungen und dem Kreditabkommen mit der UdSSR. vom Jahre 1946 eingeräumt werden. Insgesamt rechnet man als Folge der verschiedenen Transaktionen jedoch mit einer Verbesserung der Zahlungsbilanz. Die schwedische Handelsflotte wurde in den letzten Jahren stark ausgebaut und ist mit 2,2 Millionen BRT größer als je zuvor. Während für das Jahr 1950 die Nettofrachteinnahmen 600 Mill. Kr. betrugen, erwartet man für 1955 Nettofrachteinnahmen in Höhe von 770 Mill. Kr.

Die Kommission meint, daß die größere Freiheit des Welthandels auch dem schwedischen Außenhandel zugute kommen wird. Es wird von einer jährlichen Steigerungsrate der Ein- und Ausfuhr von 4 % gesprochen. Eine Ausdehnung des Holzexportes ist

mengenmäßig kaum noch möglich. Eine Zunahme des Exportwertes der Holzindustrie könnte nur durch weitergehende Verarbeitung zu Zellulose und Papier erreicht werden. Beim Eisenerz ist, wie schon erwähnt, eine starke Vermehrung der Rohstoffausfuhr vorgesehen. Der Maschinenexport hat sich in den letzten Jahren sehr günstig entwickelt. Man glaubt, das als gutes Zeichen dafür werten zu können, daß die schwedische Maschinenausfuhr noch gesteigert werden könnte. Die Werftindustrie, deren Ausfuhr 1950 375 Mill. Kr. betragen hat, ist voll beschäftigt, so daß keine wesentlich größeren Einnahmen von dort zu erwarten sind.

Der geplante jährliche Produktionsanstieg würde um etwa 7 % größere Rohstoffeinfuhren erforderlich machen. Die Einfuhr von Fertigfabrikaten könnte dann jährlich etwa 4 % mehr betragen. Es wird aber wesentlich von der Preisentwicklung auf den Weltmärkten abhängen, wie sich die Einfuhr im einzelnen entwickeln wird.

Besonders interessant sind die Ausführungen der Kommission über die Schaffung einer größeren Devisenreserve. Mitte 1950 belief sich der Devisenbestand auf etwa 1 Mrd. Kr., das würde der Einfuhr von reichlich einem Monat entsprechen. Damit die Bewegungsfreiheit der staatlichen Wirtschaftspolitik in der Wahl der Märkte und der Möglichkeit, kurzfristige Störungen auszugleichen, nicht zu sehr eingeschränkt wird, darf die Valutareserve aber nicht zu klein sein. Es wird deshalb eine Erhöhung der Reserve um insgesamt 1,5 Mrd. Kr., das sind 300 Mill. Kr. jährlich, empfohlen. Die Devisenreserve soll am Ende der Fünfjahresperiode ausreichen, um die Einfuhr von etwa vier Monaten bezahlen zu können.

Man hofft, daß die Außenhandelsverflechtung Schwedens sich noch enger gestalten wird. Während der gesamte schwedische Außenhandel 1947 eine Höhe erreichte, die 32,2 % des Volkseinkommens entsprach, hatte sich dieses Verhältnis 1950 auf 37,5 % verschoben. Nach den Berechnungen der Kommission soll es bis 1955 auf 39,2 % gestiegen sein.

Je intensiver die Verflechtung mit dem Weltmarkt ist, desto empfindlicher wird das Land von unerwarteten Weltmarktstörungen getroffen und um so geringer wird die Möglichkeit, eine eigene Wirtschaftsplanung und Konjunkturpolitik durchführen zu können. In dieser Hinsicht ist ein gewisser prinzipieller Widerspruch zwischen der liberalen Haltung der Kommission in der äußeren Handelspolitik und ihrer sonstigen wirtschaftsplanenden Politik festzustellen.

Wirtschaftsstruktur und Entwicklungsmöglichkeiten Französisch-Westafrikas

Alfred Frisch, Paris

Französisch-Westafrika (Afrique Occidentale Française) hat eine Oberfläche von 4,7 Mill. qkm und ungefähr 16 Mill. Einwohner, davon weniger als 100 000 Weiße. Weder hinsichtlich der Zusammensetzung der eingeborenen Bevölkerung noch klimatisch oder wirtschaftlich bildet Französisch-Westafrika eine Einheit. Es ist im wesentlichen aus der allgemein festzustellenden französischen Zentralisierungstendenz entstanden. Die acht Provinzen, in die sich das Land aufteilt, d. h. Senegal, Guinea, Elfenbeinküste, Niger, Sudan, Dahomey, Haute-Volta und Mauretanien verfügen über eine weitgehende verwaltungsmäßige Unabhängigkeit. Die Kolonie hat einen föderativen Aufbau, wobei die Zentralgewalt bei dem Generalgouverneur in Dakar liegt. Im Süden findet man ausgesprochen äquatorialafrikanisches Klima, in der Mitte befindet sich eine tropische Zone, während im Norden Steppen und Wüste anzutreffen sind. Diesen klimatischen Verhältnissen entsprechen die landwirtschaftlichen Voraussetzungen.

Den wirtschaftlichen Mittelpunkt Franz.-Westafrikas bilden der Senegal, Guinea und die Elfenbeinküste. Die anderen Provinzen sind arm in ihren Naturgegebenheiten oder wenig entwickelt. Mauretanien lebt fast ausschließlich von einer recht primitiven Viehzucht. Unlängst wurden dort allerdings sehr reiche Eisenerzlager entdeckt, deren beabsichtigte Ausbeutung die wirtschaftlichen Bedingungen des Landes grundlegend ändern könnte. Die wirtschaftliche Zukunft des Sudan und des Niger hängt weitgehend von der Durchführung der geplanten Bewässerungsarbeiten ab, sowie nicht zuletzt von der Schaffung moderner Verkehrsverhältnisse. Hauptaufgaben sind die Entwicklung der Viehzucht und die Ausdehnung des Reis- und Baumwollanbaues. Für Haute-Volta liegen die Verhältnisse ähnlich, während der größte Reichtum Dahomeys das Palmöl und gegebenenfalls auch Baumwolle ist.

Der Senegal ist das Land der Erdnüsse. Er gehörte vor dem Kriege zu den wichtigsten Lieferanten der Welt. Sein Einfluß ist inzwischen zurückgegangen, es sind aber Bestrebungen im Gange, die Erdnußpflanzungen der Eingeborenen sowohl zu modernisieren wie auszudehnen. Eine jährliche Erzeugung von 1 Mill. t entkörnter Erdnüsse gilt als realistisches Mindestziel. Aus klimatischen Gründen werden die Möglichkeiten für andere Kulturen, mit Ausnahme von Reis, nicht allzu günstig beurteilt. Der Boden des Senegals ist noch wenig erforscht. Neuerdings begann man mit der Ausbeutung von Phosphatlagern, deren Alumingehalt auch die Errichtung einer Grundindustrie für Aluminium gestatten sollte. Bisher fand man weder für Erdöl noch für Kohle sichere Anzeichen.

Am zukunftsreichsten für die Gewinnung von Mineralien ist zur Zeit Guinea. Dort befinden sich die Eisenerzlager von Konakry: 1,8 Mrd. t Erz mit einem Metallgehalt von rund 60 %, ferner ausgedehnte